



Presseinformation

Nr. 159 / 2014

Kiel, Donnerstag, 3. April 2014

Hochschule / Lehrerbildung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Christopher Vogt: Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Lehrerausbildung ist nicht umsetzbar und somit reif für die Tonne

Zur aktuellen Berichterstattung über die Lehrerausbildung erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Die von der Landesregierung geplante Einführung des so genannten Sekundarstufenlehrers ist rein ideologisch motiviert und hat mit der notwendigen Anpassung der Lehrerausbildung an das aktuelle Schulsystem nichts zu tun. Sie geht weit darüber hinaus und soll schon einmal den nächsten Schritt zur Abschaffung der Schulform Gymnasium vorbereiten, was am Ende vor allem die Privatschulen im Land stärken würde.

Der Wende-Entwurf ist jedoch nicht nur inhaltlich, sondern auch organisatorisch eine Katastrophe: Dass sich der Ministerpräsident offenbar höchstselbst in die Diskussion über die Lehrerbildung eingeschaltet und ohne Rücksprache mit beiden (!) Hochschulen massive Änderungen bewirkt hat, zeigt, wie chaotisch in dieser Landesregierung zu Werke gegangen wird. Immerhin scheint Herr Albig verstanden zu haben, dass die Murks-Pläne seiner Wissenschaftsministerin in Schleswig-Holstein organisatorisch kaum umgesetzt werden können. So gab es am Ende der Wendeschen Chaos-Planung für das Kabinett nur noch die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder die KMK-Vorgaben werden gerissen und Schleswig-Holstein bildet in Flensburg Lehrer aus, die nicht bundesweit eingesetzt werden können, oder es wird noch einmal deutlich teurer und der Christian-Albrechts-Universität wird erheblicher Schaden zugefügt. Der ehemalige Kieler OB entschied sich dann in der ideologisch verursachten Not für die zweite Variante.

Wir halten beides für mehr als nur problematisch und erinnern noch einmal an die zudem völlig offene Besoldungsfrage, die diese Re-

form nach sich ziehen würde, sowie die mit Blick auf das wichtige Thema Inklusion unverantwortlichen Reformpläne bei der Sonderpädagogik.

Das späte Eingreifen Albig's und die von ihm erwirkte Verschlimm-besserung unterstreichen, dass bei diesem Gesetzentwurf schon vor der ersten Lesung allen Beteiligten völlig klar sein sollte, dass dieser gar nicht verantwortbar umgesetzt werden kann und somit reif für die Tonne ist. Wir erneuern daher unsere Forderung, dass der Ministerpräsident diesen Entwurf umgehend zurückziehen muss.

Für die Landesregierung heißt es jetzt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Kieler Koalitionsabgeordneten, zu denen ja auch der Ministerpräsident selbst gehört, diesem Gesetzentwurf mit gutem Gewissen seine Zustimmung geben kann.“